

Von: Team AfDexit team@afdexit.de
Betreff: Bitte um Dialog und Initiative für ein AfD-
Verbotsverfahren
Datum: 26/07/2025, 19:11:46
An: Bundestagsfraktionen (demokratisch)

Kopie: Presseverteiler

Team AfDexit

Sehr geehrte Damen und Herren der Bundestagsfraktionen,

wir wenden uns heute erneut an Sie mit Blick auf das kürzlich veröffentlichte sogenannte *Strategiepapier* der AfD, dessen Inhalt auch Ihnen mit hoher Wahrscheinlichkeit bekannt ist.

Dieses Papier bestätigt in erschreckender Deutlichkeit, was wir als zivilgesellschaftliche Initiative – die sich seit sechs Jahren für die juristische Überprüfung und das Verbot der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) einsetzt – regelmäßig öffentlich und gegenüber den demokratischen Fraktionen thematisieren: Die AfD verfolgt systematisch das Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu zerstören.

Viele von Ihnen wurden in der Vergangenheit mehrfach von uns angeschrieben – mit der dringenden Bitte, sich für einen Antrag auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der AfD gemäß Art. 21 Abs. 2 GG einzusetzen. Dass dies im allgemeinen Sprachgebrauch als „Parteiverbotsverfahren“ bezeichnet wird, ist Ihnen bekannt.

Die in dem Strategiepapier offen dargelegten Pläne der AfD sind nicht länger bloße Andeutungen oder politische Zuspitzungen – sie dokumentieren konkrete Absichten, die mit den Grundprinzipien unseres demokratischen Rechtsstaats unvereinbar sind. Eine Zersetzung der demokratischen Ordnung ist – nach unserer Einschätzung – längst im Gange.

Wir haben bereits in der Vergangenheit gegenüber Ihnen deutlich gemacht: Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD war – wenn überhaupt – in den Jahren 2014 und 2015 möglich. Seither hat sich die Partei radikalisiert, an Einfluss gewonnen und politische Räume eingenommen, die ihr nie hätten überlassen werden dürfen. Dies geschah auch, weil demokratische Parteien aus unserer Sicht nicht konsequent genug reagiert haben – sei es aus politischem Kalkül, aus taktischem Abwarten oder in der Hoffnung, die AfD inhaltlich stellen zu können. Diese Strategie ist nachweislich gescheitert.

Angesichts der aktuellen Lage bleibt – realistisch betrachtet – nur noch ein begrenzter Zeitraum innerhalb der laufenden Legislaturperiode, um entschlossen und wirksam gegen die AfD vorzugehen. Je weiter sich die Partei institutionell und gesellschaftlich verankert, desto schwieriger wird es, ein erfolgreiches Parteiverbotsverfahren juristisch zu führen.

Wir appellieren daher mit Nachdruck an Sie als Bundestagsfraktion: Werden Sie Ihrer demokratischen Verantwortung gerecht und bringen Sie – im Schulterschluss mit anderen Fraktionen – einen Antrag auf Prüfung eines Verbots der AfD durch das Bundesverfassungsgericht ein.

Die angeblich hohen juristischen Hürden, die sie selbst immer

vorschieben, sind um ein vielfaches überschritten.

Unsere Hinweise ignorieren Sie und versuchen stattdessen die mit der Rhetorik und der Politik der AfD, die AfD zu bekämpfen.

Die juristischen Voraussetzungen dafür sind auch nach Einschätzung zahlreicher renommierter Verfassungsrechtlerinnen und Verfassungsrechtler längst erfüllt. Auch Stimmen aus der Zivilgesellschaft, von Initiativen, Verbänden und Bürgerinnen und Bürgern bestätigen dies zunehmend.

Stattdessen erleben wir – leider von Fraktionen – wiederholt Funkstille. Auf konkrete Bitten um einen Dialog erhalten wir keine Antwort. Diese Form der Nicht-Kommunikation empfinden wir nicht nur als demokratisch problematisch, sondern auch als ignorierend und respektlos gegenüber der wachsenden gesellschaftlichen Sorge.

Es ist ein verbreiteter Irrtum, dass ein Parteiverbotsantrag ausschließlich von der Bundesregierung oder dem Bundesrat initiiert werden kann. Auch ein Antrag aus dem Bundestag ist möglich – sofern eine ausreichende parlamentarische Mehrheit hinter ihm steht. Ihre Aufgabe als Fraktion wäre es in diesem Fall, die juristische Form des Antrags zu prüfen und diesen – bei positiver Bewertung – dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorzulegen.

Wir fordern Sie daher erneut zu einem offenen Austausch auf. Die

gesellschaftliche Brisanz des Themas macht ein konstruktives Gespräch nicht nur sinnvoll, sondern dringend notwendig. Wir schlagen einen Termin für eine Videokonferenz vor – dies wäre für beide Seiten ein effizienter und niederschwelliger Weg der Kommunikation.

Kontaktaufnahme ausschließlich unter der E-Mail: team@afdexit.de

Hinweis auf eine Analyse des Strategiepapiers der AfD:



Analyse des Strategiepapiers der AfD AfD-
Verbot-Jetzt AfDexit - AfD Verbot- Jetzt!
afdexit.de

Mit freundlichen Grüßen

Team AfDexit